

**Bekanntmachung
des deutsch-georgischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. November 2012

Das in Tiflis am 31. Mai 2012 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 und 2012 ist nach seinem Artikel 6

am 3. Juli 2012

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. November 2012

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Dr. Leo Kreuz

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung von Georgien
über Finanzielle Zusammenarbeit 2011 und 2012

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung von Georgien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Georgien,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in Georgien beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 20. Oktober 2011 und die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland durch die Verbalnote Nr. 64/2012 vom 25. Mai 2012 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung von Georgien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. ein Darlehen von insgesamt 4 Millionen Euro für das Vorhaben „Programm Kommunale Infrastruktur Batumi III, Regenwasserbewirtschaftungssystem“, wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieses Vorhabens festgestellt worden ist;
 2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der folgenden Vorhaben:
 - a) für das in Absatz 2 Nummer 1 genannte Vorhaben bis zu 750 000 Euro,
 - b) für das Vorhaben „Infrastrukturrehabilitierung West-Georgien“ bis zu 250 000 Euro;
 3. Ein Finanzierungsbeitrag von insgesamt 4 250 000 Euro für das Vorhaben „Förderung von Naturschutzgebieten im Südkaukasus“, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass es als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dienen, die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt.
- (2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung von Georgien oder einem anderen in Abstimmung mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus:
1. für das Vorhaben „Programm Erneuerbare Energien II“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffent-

lichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 25 Millionen Euro, sowie

2. für das Vorhaben „Programm Klimafreundliche Abfallwirtschaft“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird, von bis zu 20 Millionen Euro

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist und die gute Kreditwürdigkeit von Georgien weiterhin gegeben ist und die Regierung von Georgien für das unter Absatz 2 Nummer 2 genannte Vorhaben eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditnehmer wird. Diese Vorhaben können nicht durch andere Vorhaben ersetzt werden.

(3) Kann bei dem in Absatz 1 Nummer 3 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung von Georgien von der KfW für dieses Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehen zu erhalten.

(4) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird das in Absatz 1 Nummer 3 bezeichnete Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung oder als Maßnahme, die zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung der Frau dient, das die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehen gewährt werden.

(5) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung von Georgien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(6) Finanzierungsbeiträge für Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen nach Absatz 1 Nummer 2 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusagen der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 bis 3 genannten Beträge entfallen, soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2019, mit Ausnahme eines Teilbetrags von Nummer 2 Buchstabe a in Höhe von bis zu 250 000 Euro. Für diese Zusage des Jahres 2012 endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2020.

(3) Die Regierung von Georgien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren. Ausgenommen von dieser Garantie ist das Vorhaben nach Artikel 1 Absatz 2 Nummer 1.

(4) Die Regierung von Georgien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

(1) Die Regierung von Georgien stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in Georgien erhoben werden.

(2) Die im Rahmen der in Artikel 1 und Artikel 5 genannten Vorhaben in Georgien anfallenden Steuern und sonstigen Abgaben für Lieferungen und Leistungen werden durch die Regierung von Georgien, jedoch nicht aus den in Artikel 1 und Artikel 5 erwähnten Darlehen und Finanzierungsbeiträgen finanziert. Hierfür stellt Georgien entsprechende eigene Budgetmittel zur Verfügung.

Artikel 4

Die Regierung von Georgien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungs-

beiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das in den Abkommen vom 20. August 2003 und 2. Dezember 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung von Georgien über Finanzielle Zusammenarbeit für das Vorhaben „Rehabilitierungsprogramm Stromverteilung I“ vorgesehene Darlehen wird mit einem Betrag von 2 988 338,99 Euro reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 genannte Vorhaben verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden.

(2) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Abkommen auch für dieses Vorhaben.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung von Georgien der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tbilisi am 31. Mai 2012 in zwei Urschriften, jede in deutscher und georgischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Ortwin Hennig

Für die Regierung von Georgien

Dimitri Gwindase
